

# Amtsblatt

## für den Landkreis Märkisch-Oderland



18. Jahrgang

Seelow, den 22.09.2011

Nr. 7

Seite

### **Bekanntmachungen des Landkreises Märkisch-Oderland**

Beschlüsse des Kreisausschusses vom 24.08.2011

2

Beschlüsse des Kreistages vom 07.09.2011

2

### **Bekanntmachungen anderer Stellen**

#### I. Bekanntmachung des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Fürstenwalde und Umland (ZVWA)

Satzung des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Fürstenwalde und Umland über die dezentrale öffentliche Entsorgung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben und des nicht separierten Klärschlammes aus Kleinkläranlagen

3

Impressum

16

## Bekanntmachungen des Landkreises Märkisch-Oderland

### Beschlüsse des Kreisausschusses vom 24.08.2011

Am 24.08.2011 führte der Kreisausschuss seine 20. Sitzung durch.

Der Kreisausschuss  
bereitete die Sitzung des Kreistages Märkisch-Oderland für den 07.09.2011 vor.

### Beschlüsse des Kreistages vom 07.09.2011

Am 07.09.2011 führte der Kreistag seine 21. Sitzung durch.

Der Kreistag nahm  
eine Information des Landrates zur aktuellen Situation in Märkisch-Oderland;  
eine Information zum Anlauf des Schuljahres 2011/2012 im Landkreis Märkisch-Oderland  
(Informationsvorlage Nr. 2011/KT/329);  
einen Halbjahresbericht zum Haushalt 2011 (Informationsvorlage Nr. 2011/KT/334)  
entgegen.

Der Kreistag  
beschloss  
auf der Grundlage des vorliegenden Konzeptes ein Rufbus-System für den südlichen Teil des  
Oderbruchs (und einiger angrenzender Gebiete) einzuführen.  
Die Einführung ist mit dem Beginn der Sommerferien 2012 vorzusehen.  
(Beschlussvorlage Nr. 2011/KT/333; Beschluss Nr. 2011/KT/287-21)

die außerplanmäßigen Aufwendungen 2011 in Höhe von bis zu 3,321 Mio € zur Umsetzung des  
Bildungs- und Teilhabepaketes für Kinder und Jugendliche im Landkreis Märkisch-Oderland unter  
der Maßgabe, dass die Deckung durch die erhöhte Erstattung des Bundes für die Ausgaben des  
Landkreises bei den Kosten der Unterkunft gewährleistet ist  
(Beschlussvorlage Nr. 2011/KT/330; Beschluss Nr. 2011/KT/288-21)

die ÖPNV-Investitionsliste 2011/1  
(Beschlussvorlage Nr. 2011/KT/326; Beschluss Nr. 2011/KT/290-21)

die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Märkisch-Oderland in  
Listenform vorzunehmen  
(Beschlussvorlage Nr. 2011/KT/331; Beschluss Nr. 2011/KT/291-21)

erteilte den nachfolgend aufgeführten Mitgliedern des Verwaltungsrates der Kreissparkasse  
Märkisch-Oderland für das Geschäftsjahr 2010 die Entlastung:

	Name / Vorname	Name / Vorname
Vorsitzender	Schmidt, Gernot	Biermann, Andrea
	Kaul, Hannelore	Bath, Andre
	Heinze, Wolfgang	Steinborn, Reno
	Schulz, Udo	Reinking, Nick
	Prof. Dr. Schippel, Günter	Beutler, Thomas
	Dr. Block, Peter Alexander	Kunath, Uwe
	Schäfer, Dieter	Schulz, Bodo
	Buchholz, Norbert	

(Beschlussvorlage Nr. 2011/KT/332; Beschluss Nr. 2011/KT/292-21)

berief Frau Ortrud Heinen-Kluck als sachkundige Einwohnerin des Wirtschaftsausschusses des  
Kreistages Märkisch-Oderland ab und berief Herrn Peter Müller, wohnhaft in 15328 Golzow als  
sachkundigen Einwohner in den Ausschuss  
(Antrag Nr. 2011/KT/335; Beschluss Nr. 2011/KT/293-21)

Der Kreistag

fasste zum Thema „Flugrouten des künftigen Flughafens BER in Schönefeld über das östliche Berliner Umland“ den folgenden Beschluss:

Der Kreistag Märkisch-Oderland erklärt sein großes Befremden über die vorliegende Vorzugsvariante der Deutschen Flugsicherung für die Abflüge vom künftigen Flughafen BER in Schönefeld von der Nordbahn in Richtung Osten. Er wehrt sich aus Sorge um eine gravierende Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger der Städte und Gemeinden des östlichen Berliner Umlandes gegen eine weitere Intensivierung des Fluglärms im Gefolge der aktuellen Vorzugsvariante.

Der Kreistag bekundet seine ausdrückliche politische Unterstützung für das vom Landrat am 13. Juli 2011 an die Deutsche Flugsicherung gerichtete Schreiben und den darin enthaltenen konstruktiven Alternativvorschlag einer „Ostabiegung hinter Müggelheim“.

Der Vorsitzende des Kreistages wird gebeten, das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung zu ersuchen, den nachdrücklichen politischen Willen des Kreistages, die betroffene Region vor einer weiteren und unangemessenen Belastung durch Fluglärm zu schützen, bei der ernsthaften Prüfung alternativer Lösungsvorschläge zu berücksichtigen.

Der Landrat wird beauftragt, im Bedarfsfall Verhandlungen mit anderen betroffenen Städten und Gemeinden über eine Klage bei dem dafür zuständigen Gericht gegen die Flugroutenplanung, insbesondere die Müggelsee-Route, aufzunehmen.

(Antrag Nr. 2011/KT/337; Beschluss Nr. 2011/KT/286-21)

Der Kreistag

lehnte folgenden Beschlussantrag ab:

Der Kreistag Märkisch-Oderland fordert den Verwaltungsrat und den Vorstand der Kreissparkasse Märkisch-Oderland auf, allen Parteien und Wählervereinigungen, die in den kommunalen Parlamenten des Landkreises vertreten sind, die Einrichtung eines Geschäftsbesorgungskontos zu ermöglichen.

Diese Forderung gilt analog für Parteien und Wählervereinigungen, die sich mit einem zugelassenen Wahlvorschlag an kommunalen Wahlen im Landkreis Märkisch-Oderland beteiligen.

(Antrag Nr. 2011/KT/336; Beschluss Nr. 2011/KT/289-21)

## **Bekanntmachungen anderer Stellen**

### I. Bekanntmachung des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Fürstenwalde und Umland (ZVWA)

#### **Satzung des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Fürstenwalde und Umland über die dezentrale öffentliche Entsorgung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben und des nicht separierten Klärschlammes aus Kleinkläranlagen**

Aufgrund der §§ 2, 3, 12 und 28 Abs. 2 Nr. 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S.286), geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I S.202, 207), i.V.m. den §§ 1, 2, 4, 6 und 12 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (BbgKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 2004 (GVBl. I S. 174), zuletzt geändert durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg vom 27. Mai 2009 (GVBl. I S. 160), den §§ 64 ff. des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 2004 (GVBl. I S.50), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2010 (GVBl. I/28 S. 2), sowie dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (BbgGKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Mai 1999 (GVBl. I S. 194), geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I S.202, 206), und § 9 der Verbandssatzung des Zweckverbandes Wasserver- und Abwasserentsorgung Fürstenwalde und Umland hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Wasserver- und Abwasserentsorgung Fürstenwalde und Umland auf ihrer Sitzung vom 18.08.2011 die folgende Satzung beschlossen.

## **Inhalt**

- § 1    Allgemeines
- § 2    Grundstücksbegriff – Grundstückseigentümer - Abgabenschuldner
- § 3    Begriffsbestimmungen
- § 4    Anschluss- und Benutzungsrecht
- § 5    Anschluss- und Benutzungszwang
- § 6    Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang
- § 7    Sondervereinbarungen
- § 8    Grundstücksentwässerungsanlage
- § 9    Herstellung und Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage
- § 10    Prüfungsrecht
- § 11    Stilllegung von Entwässerungsanlagen auf dem Grundstück
- § 12    Entsorgung des Schmutzwassers
- § 13    Einleitbedingungen
- § 14    Untersuchung des Schmutzwassers
- § 15    Gebührenmaßstab und Gebührensatz für die Entsorgung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben
- § 16    Gebühreuzuschläge
- § 17    Gebührenmaßstab und Gebührensatz für die Klärschlamm Entsorgung aus Kleinkläranlagen
- § 18    Abrechnung, Veranlagung und Fälligkeit
- § 19    Haftung
- § 20    Anzeigepflichten
- § 21    Ordnungswidrigkeiten
- § 22    Anordnungen für den Einzelfall
- § 23    Inkrafttreten

### **§ 1 Allgemeines**

- (1) Der Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Fürstenwalde und Umland, im Folgenden Zweckverband genannt, besorgt nach dieser Satzung die Entleerung, Abfuhr und Behandlung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben und nicht separiertem Klärschlamm aus Kleinkläranlagen gemäß § 66 Abs. 1 Satz 2 BbgWG.
- (2) Die Schmutzwasserentsorgung aus abflusslosen Sammelgruben und die Entsorgung von nicht separiertem Klärschlamm sowie die in der Abwasserbeseitigungssatzung des Zweckverbandes geregelte öffentliche zentrale Schmutzwasserbeseitigung bilden jeweils eine öffentliche Einrichtung für die jeweils rechtlich selbständigen Abwasserentsorgungsanlagen Fürstenwalde und Lebus i.S.d. § 1 Abs. 1 lit. a) und b) der Abwasserbeseitigungssatzung des Zweckverbandes.

- (3) Die Schmutzwasserentsorgung erstreckt sich nur auf die Mitgliedsgemeinden des Zweckverbandes.
- (4) Die Organisation einer geordneten Abfuhr bestimmt der Zweckverband im Rahmen der ihm übertragenen Schmutzwasserbeseitigungspflicht in eigenem Ermessen.
- (5) Der Zweckverband kann die Entsorgung des Schmutzwassers und des nicht separierten Klärschlammes ganz oder teilweise durch Dritte vornehmen lassen.
- (6) Ein Rechtsanspruch auf Beseitigung des Niederschlagswassers durch den Zweckverband überhaupt oder in bestimmter Weise oder auf Einleitung in die öffentliche dezentrale Schmutzwasserbeseitigungsanlage besteht nicht.

## **§ 2**

### **Grundstücksbegriff – Grundstückseigentümer – Abgabenschuldner**

- (1) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist jeder demselben Eigentümer gehörende Teil der Grundfläche, der selbständig baulich oder gewerblich genutzt werden kann (wirtschaftlicher Grundstücksbegriff). Mehrere selbständig nicht baulich oder gewerblich nutzbare Grundstücke gelten als ein Grundstück, wenn die Eigentümer identisch sind, die Grundstücke aneinander grenzen und sie nur in ihrer Gesamtheit baulich oder gewerblich nutzbar sind.
- (2) Soweit sich die Vorschriften dieser Satzung auf die Grundstückseigentümer beziehen, gelten die Regelungen entsprechend auch für Erbbauberechtigte. Ist ein Erbbaurecht bestellt, tritt der Erbbauberechtigte an die Stelle des Eigentümers. Besteht für ein Grundstück ein Nutzungsrecht, so tritt der Nutzer an die Stelle des Eigentümers. Nutzer sind die in § 9 Sachenrechtsbereinigungsgesetz vom 21.09.1994 (BGBl. I S. 2457) genannten natürlichen und juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts. Mehrere Eigentümer, Erbbauberechtigte oder Nutzer eines Grundstückes haften als Gesamtschuldner.
- (3) Abgabenschuldner (Zahlungspflichtiger) für die nach dieser Satzung erhobenen Gebühren und Kostenersatz ist der Grundstückseigentümer; Abs. 2 gilt entsprechend. Der Zweckverband ist berechtigt, auch denjenigen als gebührenpflichtig heranzuziehen, der die öffentliche Anlage zur dezentralen Schmutzwasserbeseitigung in Anspruch nimmt, ohne Grundstückseigentümer zu sein.
- (4) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

## **§ 3**

### **Begriffsbestimmungen**

- (1) Zur dezentralen öffentlichen Schmutzwasserbeseitigung gehören alle Vorkehrungen und Einrichtungen zur Abfuhr und Behandlung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben und des nicht separierten Klärschlammes aus Kleinkläranlagen des zu entwässernden Grundstücks.
- (2) Abflusslose Sammelgruben sammeln das auf dem Grundstück anfallende Schmutzwasser, ohne es einer weiteren Behandlung zu unterziehen.
- (3) Grundstücksentwässerungsanlagen sind die gesamten Einrichtungen eines Grundstückes, die dem Ableiten und Sammeln des Schmutzwassers dienen.
- (4) Kleinkläranlagen im Sinne dieser Satzung sind Abwasserbehandlungsanlagen, die für einen Abwasseranfall von bis zu 8 m<sup>3</sup> täglich bemessen sind.

Nicht separierter Klärschlamm im Sinne des § 66 Abs. 1 Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG) ist das in der mechanischen Vorbehandlungsstufe der Kleinkläranlage mit dem Abwasser und Feststoffen vorliegende Gemisch, das im Sinne der Nr. 1020 der DIN EN 1085 vom Abwasser abtrennbar ist. Nicht separierter Klärschlamm ist kein Klärschlamm im Sinne des § 2 Abs. 2 Satz 1 Klärschlammverordnung (AbfKlärV), sondern unbehandelter Fäkalschlamm (Roh-, Primär- bzw. gemischter Primärschlamm im Sinne der Nrn. 9040-9060 der DIN EN 1085).

Nicht separierter Schlamm (Klärschlamm) wird in folgendem auch Fäkalschlamm genannt.

- (5) Im Übrigen gelten die Begriffsbestimmungen und Regelungen der Abwasserbeseitigungssatzung des Zweckverbandes in der jeweils geltenden Fassung entsprechend, soweit diese Satzung keine entgegenstehenden Regelungen enthält.

#### **§ 4**

#### **Anschluss- und Benutzungsrecht**

- (1) Jeder Grundstückseigentümer ist nach den Bestimmungen dieser Satzung zum Anschluss seines Grundstückes an die dezentrale öffentliche Schmutzwasserbeseitigung berechtigt. Er ist dabei insbesondere nach Maßgabe der §§ 12 bis 14 auch berechtigt, das anfallende Schmutzwasser entsorgen zu lassen.
- (2) Das Anschluss- und Benutzungsrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die nicht oder nicht mehr an die öffentliche zentrale Schmutzwasseranlage angeschlossen sind. Maßgebender Zeitpunkt für das Ende des Anschluss- und Benutzungsrechts ist die Abnahme des Anschlusses an die öffentliche zentrale Schmutzwasseranlage oder die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage.
- (3) Ein Anschluss- und Benutzungsrecht besteht nicht, wenn das Schmutzwasser wegen seiner Art und Menge über die Einleitbedingungen der Abwasserbeseitigungssatzung des Zweckverbandes in der jeweils geltenden Fassung hinausgeht und nicht ohne weiteres vom Zweckverband übernommen werden kann.

#### **§ 5**

#### **Anschluss- und Benutzungszwang**

- (1) Die zum Anschluss Berechtigten sind verpflichtet, ihr Grundstück nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen an die dezentrale öffentliche Schmutzwasserbeseitigungsanlage anzuschließen, sobald auf ihrem Grundstück Schmutzwasser oder Fäkalschlamm auf Dauer anfällt oder hierfür ein öffentliches Interesse besteht. Dabei sind deren Grundstücke einschließlich der Bestandteile und etwaigen Zubehörs so herzurichten, dass die Übernahme und Abfuhr des Schmutzwassers und des Fäkalschlammes problemlos möglich sind.
- (2) Auf allen Grundstücken, die der öffentlichen Anschluss- und Entsorgungspflicht unterliegen, ist insbesondere unter der Maßgabe der §§ 12 bis 14 alles Schmutzwasser, mit Ausnahme von Niederschlagswasser, der abflusslosen Sammelgrube zuzuführen und dem Zweckverband zu überlassen. Die Überlassungspflicht i.S.d. Satz 1 erstreckt sich auch auf den auf dem Grundstück anfallenden nicht separierten Klärschlamm.
- (3) Der abflusslosen Sammelgrube ist kein Schmutzwasser zuzuführen, zu dessen Aufnahme sie bestimmungsgemäß nicht geeignet oder vorgesehen ist; es gelten die Einleitbedingungen der Abwasserbeseitigungssatzung des Zweckverbandes in der jeweils geltenden Fassung.
- (4) Zur Einhaltung dieser Bestimmungen sind die Grundstückseigentümer verpflichtet. Sie haben auf Verlangen des Zweckverbandes oder seines Beauftragten die dafür erforderliche Überprüfung zu dulden und zu unterstützen.

#### **§ 6**

#### **Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang**

- (1) Von der Verpflichtung zum Anschluss oder zur Entsorgung kann auf Antrag ganz oder zum Teil befreit werden, wenn der Anschluss oder die Entsorgung aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zumutbar ist. Der Antrag auf Befreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich beim Zweckverband einzureichen.
- (2) Die Befreiung kann befristet, unter Bedingungen, Auflagen und Widerrufsvorbehalt erteilt werden. Verwaltungsgebühren für das Befreiungsverfahren werden nach Maßgabe der Verwaltungsgebührensatzung des Zweckverbandes erhoben.

#### **§ 7**

#### **Sondervereinbarungen**

Ist der Grundstückseigentümer nicht zum Anschluss oder zur Benutzung berechtigt oder verpflichtet, so kann der Zweckverband durch Vereinbarung ein besonderes Benutzungsverhältnis begründen, wobei die Bestimmungen dieser Satzung sinngemäß Anwendung finden.

**§ 8****Grundstücksentwässerungsanlage**

- (1) Jedes Grundstück, das gemäß dieser Satzung der öffentlichen Schmutzwasser- und Fäkalschlamm Entsorgung durch den Zweckverband unterliegt, ist vom Grundstückseigentümer mit einer Grundstücksentwässerungsanlage zu versehen; auch zwei oder mehrere Grundstücke können eine gemeinsame Grundstücksentwässerungsanlage haben. Diese muss nach den anerkannten Regeln der Technik und den besonderen Forderungen des Bau- und Wasserrechts hergestellt, betrieben und unterhalten werden. Ihr Zustand muss ein sicheres und gefahrloses Entsorgen gewährleisten.
- (2) Die Grundstücksentwässerungsanlage ist auf dem anzuschließenden Grundstück so zu erstellen, dass die Abfuhr des Schmutzwassers durch die vom Zweckverband zugelassenen Entsorgungsfahrzeuge problemlos möglich ist. Die Abgabenschuldner nach § 2 Abs. 3 haben die Anlagenschlüsse der abflusslosen Sammelgruben und Kleinkläranlagen bis zur Grundstücksgrenze (Straßenseite) zu führen.
- (3) Vorhandene abflusslose Sammelgruben und Kleinkläranlagen sind den Anforderungen nach Abs. 1 und 2 entsprechend anzupassen. Für den Umfang der Anpassungs- und Sanierungsmaßnahmen ist der Zeitpunkt der Erstellung der öffentlichen zentralen Schmutzwasseranlage angemessen zu berücksichtigen.

**§ 9****Herstellung und Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage**

- (1) Neu zu errichtende abflusslose Sammelgruben und Grundstückskläranlagen sind im Rahmen und nach Maßgabe des Brandenburgischen Bauordnungsrechts von der zuständigen Bauordnungsbehörde unter Beachtung der Stellungnahme der unteren Wasserbehörde genehmigungspflichtig.
- (2) Bevor eine abflusslose Sammelgrube hergestellt oder geändert wird, sind dem Zweckverband die genehmigten Bauunterlagen einzureichen, sofern eine Genehmigungspflicht für die abflusslose Sammelgrube besteht.
- (3) Die Grundstückseigentümer haben dem Zweckverband den Beginn des Herstellens, des Änderns, des Ausführens größerer Umbauarbeiten 2 Wochen vor Beginn der Maßnahme schriftlich anzuzeigen.
- (4) Der Zweckverband und seine Beauftragten sind berechtigt, die Arbeiten jederzeit zu überprüfen. Rohrgräben dürfen nur mit vorheriger Zustimmung des Zweckverbandes verfüllt werden; dies gilt nicht, wenn die Herstellung durch eine vom Zweckverband zugelassene Installationsfirma vorgenommen wird. Die Abnahme erfolgt unverzüglich nach Anzeige der Fertigstellung der Grundstücksentwässerungsanlage. Alle Bestandteile der Grundstücksentwässerungsanlage sind nach ihrer Errichtung vom Grundstückseigentümer auf eigene Kosten nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (insbesondere der DIN EN 1610) auf Dichtheit überprüfen zu lassen. Über das Ergebnis der Dichtheitsprüfung ist eine Bescheinigung auszustellen, welche dem Zweckverband bis zur Abnahme vorzulegen ist.
- (5) Festgestellte Mängel sind innerhalb einer vom Zweckverband oder seines Beauftragten zu setzenden angemessenen Frist durch die Grundstückseigentümer zu beseitigen. Die Beseitigung der Mängel ist dem Zweckverband oder seinem Beauftragten zur Nachprüfung schriftlich anzuzeigen.
- (6) Grundstücksentwässerungsanlagen dürfen nur mit Zustimmung des Zweckverbandes oder seines Beauftragten in Betrieb genommen werden.
- (7) Die Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage durch den Zweckverband oder seines Beauftragten befreit den Grundstückseigentümer, den Bauherrn, den ausführenden Unternehmer und den Planer nicht vor der Verantwortung für die vorschriftsmäßige und fehlerfreie Planung und Ausführung der Anlage.

## **§ 10 Prüfungsrecht**

- (1) Der Zweckverband und seine Beauftragten sind befugt, die Grundstücksentwässerungsanlagen bei Verdacht der Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit zu überprüfen, Schmutzwasser- und Fäkalschlammproben zu entnehmen und Messungen durchzuführen. Zu diesem Zweck ist den Beauftragten des Zweckverbandes, die sich auf Verlangen auszuweisen haben, ungehindert Zugang zu allen Anlagenteilen zu gewähren und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. Das Zutritts- und Auskunftsrecht gilt auch für den Fall, in dem das Bestehen einer satzungsgemäßen Schmutzwasser- und Fäkalschlamm Entsorgung auf dem Grundstück zweifelhaft ist. Die Grundstückseigentümer sollen davon vorher rechtzeitig verständigt werden.
- (2) Der Zweckverband oder sein Beauftragter kann verlangen, dass die vom Grundstückseigentümer zu unterhaltenden Anlagen in einen Zustand gebracht werden, der erhebliche Störungen und Beeinträchtigungen der Schmutzwasser- oder Fäkalschlamm Entsorgung ausschließt. Für den Umfang der Maßnahmen ist der Zeitpunkt der Herstellung der öffentlichen zentralen Schmutzwasseranlage angemessen zu berücksichtigen.
- (3) Die Grundstückseigentümer haben Schäden an der Grundstücksentwässerungsanlage, Überwachungseinrichtung und etwaiger Vorbehandlungsanlage unverzüglich dem Zweckverband anzuzeigen. Nach anderen Vorschriften bestehende Bau-, Betriebs- und Sorgfaltspflichten des Grundstückseigentümers bleiben unberührt.
- (4) Bereits bestehende und noch nicht nach § 9 Absatz 4 überprüfte Grundstücksentwässerungsanlagen sind bei einer Änderung der Anlage, spätestens jedoch bis zum 31. Dezember 2015, vom Grundstückseigentümer auf eigene Kosten gemäß DIN EN 1610 bzw. DIN 1986 Teil 30 durch einen nachgewiesenen Sachkundigen auf Dichtheit überprüfen zu lassen. Die Dichtheitsprüfungen nach § 9 Absatz 4 bzw. nach Satz 1 sind in Abständen von höchstens 20 Jahren zu wiederholen. Die Bescheinigung über das Ergebnis der Prüfung ist von den Eigentümern aufzubewahren und dem Zweckverband auf Verlangen vorzulegen.
- (5) Abweichend von Absatz 4 sind noch nicht nach § 9 Absatz 4 überprüfte Grundstücksentwässerungsanlagen spätestens bis zum 31. Dezember 2010 überprüfen zu lassen, soweit sie sich auf Grundstücken in Wasserschutzgebieten der Schutzzonen II, III oder III A befinden oder wenn sie der Ableitung gewerblichen bzw. industriellen Schmutzwassers dienen. Die Dichtheitsprüfungen dieser Grundstücksentwässerungsanlagen sind abweichend von Absatz 4 in Abständen von höchstens 5 Jahren zu wiederholen.
- (6) Bei begründeten Zweifeln an der Funktionsfähigkeit oder Dichtheit der Grundstücksentwässerungsanlage ist der Zweckverband berechtigt, eine Dichtheitsprüfung bereits vor Ablauf der in Absatz 4 und Absatz 5 genannten Fristen zu fordern. Der Zweckverband setzt dem Grundstückseigentümer zu deren Durchführung eine angemessene Frist. Wird bei dieser Überprüfung die Dichtheit der Grundstücksentwässerungsanlage nachgewiesen, so trägt der Zweckverband die Kosten der Überprüfung, andernfalls verbleibt es bei der Kostentragungspflicht des Grundstückseigentümers.

## **§ 11 Stilllegung von Entwässerungsanlagen auf dem Grundstück**

Die abflusslose Sammelgrube oder die Grundstückskläranlage, die der Beseitigung des auf dem Grundstück anfallenden Schmutzwassers diene und nicht als Bestandteil der angeschlossenen Grundstücksentwässerungsanlage genehmigt ist, hat der Grundstückseigentümer innerhalb von zwei Monaten auf seine Kosten so herzurichten, dass sie für die Aufnahme oder Ableitung von Schmutzwasser nicht mehr benutzt werden kann.

## **§ 12 Entsorgung des Schmutzwassers**

- (1) Die Entleerung der abflusslosen Sammelgruben ist durch den Grundstückseigentümer nach Bedarf, mindestens jedoch einmal jährlich, von dem vom Zweckverband beauftragten Entsorgungsunternehmen durchführen zu lassen. Ein nicht vom Zweckverband für die Entsorgung zugelassenes Entsorgungsunternehmen darf im Verbandsgebiet nicht tätig werden. Die zugelassenen Entsorgungsunternehmen werden entsprechend der Verbandssatzung bekannt gegeben. Die Entsorgung erfolgt montags bis freitags (außer feiertags) in der Zeit von 06.00 bis 18.00 Uhr.



- (2) Der Grundstückseigentümer hat die Notwendigkeit der Abfuhr rechtzeitig, in der Regel 5 Tage vorher, dem vom Zweckverband zugelassenen Entsorgungsunternehmen anzuzeigen. Erfolgt die Anzeige nicht rechtzeitig i.S.d. Satz 1 oder wird eine Notfallentsorgung durch den Grundstückseigentümer außerhalb der Entsorgungszeiten nach Abs. 1 Satz 3 in Anspruch genommen, hat der Grundstückseigentümer die hierfür dem Zweckverband entstehenden Mehrkosten zu erstatten. Erfolgt die notwendige Abfuhr nicht bzw. weigert sich der Entsorgungsunternehmer zur Ausführung des Auftrages, ist der Zweckverband unverzüglich zu unterrichten. Der Grundstückseigentümer ist für jeden Schaden verantwortlich, der durch die Verzögerung oder Unterlassung der Anzeige entsteht. Bei Unterlassung einer Absage sind durch den Grundstückseigentümer die Kosten einer vergeblichen Anfahrt zu tragen. Die Erhebung der Mehrkosten nach Satz 2 und die Kosten einer vergeblichen Anfahrt nach Satz 5 erfolgt durch Kostenersatzbescheid; § 18 Abs. 2 Sätze 2 und 3 gilt entsprechend.
- (3) Der Inhalt der abflusslosen Sammelgruben und der Fäkalschlamm aus Grundstückskläranlagen geht mit der Aufnahme in das Entsorgungsfahrzeug in das Eigentum des Zweckverbandes über. Der Zweckverband ist nicht verpflichtet, in diesen Stoffen nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Werden darin Wertgegenstände gefunden, sind sie als Fundsache zu behandeln.
- (4) Die Notwendigkeit der Entsorgung der Grundstückskläranlage ist dem Zweckverband durch den Grundstückseigentümer schriftlich 2 Monate vorher anzukündigen. Dabei ist die Menge des zu entsorgenden Fäkalschlammes mit anzuzeigen. Der Zweckverband beauftragt dann direkt ein Entsorgungsunternehmen. Erfolgt die Ankündigung nach Satz 1 nicht rechtzeitig, gilt Abs. 2 Sätze 2 bis 6 entsprechend.

### **§ 13**

#### **Einleitbedingungen**

- (1) Für die Benutzung der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage gelten die Einleitbedingungen der Abwasserbeseitigungssatzung des Zweckverbandes in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Spezielle Benutzungsbedingungen können gegenüber einzelnen Grundstückseigentümern im Rahmen von Sondervereinbarungen festgelegt werden.
- (3) Über Abs. 2 hinaus kann der Zweckverband in Benutzungsbedingungen auch die Einleitung von Schmutzwasser besonderer Art und Menge ausschließen oder von besonderen Voraussetzungen abhängig machen, soweit dies zum Schutz des Personals und der Anlagen erforderlich ist.

### **§ 14**

#### **Untersuchung des Schmutzwassers**

- (1) Bei anderem Schmutzwasser als dem in den Einleitbedingungen der Abwasserbeseitigungssatzung genannten kann der Zweckverband über die Art und Menge des in die abflusslose Sammelgrube eingeleiteten oder einzuleitenden Schmutzwassers Erklärung und Mitteilung der Zusammensetzung verlangen. Bevor erstmalig Schmutzwasser eingeleitet oder wenn Art und Menge des eingeleiteten Schmutzwassers geändert werden, ist dem Zweckverband auf Verlangen nachzuweisen, dass das Schmutzwasser keine Stoffe enthält die unter das Verbot des § 13 fallen.
- (2) Die Kosten der nach Abs. 1 notwendigen Analyse trägt der Grundstückseigentümer und sind dem Zweckverband zu erstatten. Die Erhebung der Kosten erfolgt durch Kostenersatzbescheid, § 18 Abs. 2 Sätze 2 und 3 gilt hierfür entsprechend.
- (3) Für die Untersuchung des Fäkalschlammes gelten die Abs. 1 und 2 entsprechend.

### **§ 15**

#### **Gebührenmaßstab und Gebührensatz für die Entsorgung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben**

- (1) Für den Maßstab der Inanspruchnahme der dezentralen öffentlichen Schmutzwasserbeseitigungsanlage gelten
  1. die dem Grundstück aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage zugeführte und durch Wasserzähler ermittelte Wassermenge, abzüglich der durch Gartenzähler festgestellten Wassermenge,

2. die dem Grundstück aus privaten Wasserversorgungsanlagen zugeführte und durch Wasserzähler nachgewiesene Wassermenge, abzüglich der durch Gartenzähler festgestellten Wassermenge,
  3. das auf Grundstücken anfallende Niederschlagswasser, soweit es als Brauchwasser genutzt und mittels Wasserzähler festgestellt wird.
- (2) Gartenzähler und sonstige Unterzähler sind gegenüber dem Zweckverband anzeige- und abnahmepflichtig.
- (3) Die Wassermenge nach den Ziffern 2 und 3 des Absatz 1 hat der Gebührenpflichtige dem Zweckverband innerhalb von einem Monat nach Ablauf des für die Veranlagung maßgeblichen Kalenderjahres anzuzeigen. Sie ist durch einen geeichten, vom Zweckverband genehmigten Wasserzähler, den der Grundstückseigentümer auf seine Kosten einzubauen und zu unterhalten hat, nachzuweisen.
- (4) Die so errechnete Abwassermenge wird auf Antrag um die Menge gemindert, die nachweisbar von dem Grundstück der dezentralen öffentlichen Schmutzwasserbeseitigung nicht zugeführt wurde. Als Absetzungsmengen nach Satz 1 gelten insbesondere Trinkwasserverbräuche ohne vergleichbaren Abwasseranfall, eine zulässige Nutzung des Trinkwassers zu Bewässerungszwecken sowie die wasserrechtlich zugelassene Verwendung des anfallenden Abwassers, soweit dieses Abwasser nicht in die öffentliche Anlage gelangt.
- (5) Anträge auf Absetzung nicht eingeleiteter Mengen nach Absatz 4 sind innerhalb von einem Monat nach Ablauf des für die Veranlagung maßgeblichen Kalenderjahres schriftlich beim Zweckverband zu stellen. Der Nachweis der in Abzug zu bringenden Mengen obliegt dem Grundstückseigentümer und erfolgt im Regelfall durch vom Zweckverband zugelassene gesonderte Wasserzähler, die der Grundstückseigentümer auf seine Kosten einzubauen und zu unterhalten hat. Im übrigen trägt der Antragsteller gem. § 12 Abs. 1 Nr. 3 lit. a) BbgKAG i.V.m. § 88 AO die Darlegungs- und Beweislast für die im Absetzungsantrag bezifferte Absetzungsmenge.
- (6) Der Zweckverband schätzt die dem Grundstück gem. Absatz 1 Nr. 1 und 2 zugeführte Wassermenge und das auf dem Grundstück gem. Absatz 1 Nr. 3 anfallende Niederschlagswasser, wenn
1. ein geeichter Wasserzähler nicht vorhanden ist oder
  2. der Zutritt zum Wasserzähler oder dessen Ablesung nicht möglich wird oder
  3. sich konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Messeinrichtung nicht den wirklichen Verbrauch angibt. Konkrete Anhaltspunkte liegen immer dann vor, wenn die anhand der Entsorgungsnachweise ermittelte, tatsächlich abgefahrene Menge die dem Grundstück gem. Abs. 1 Nr. 1 und 2 zugeführte Wassermenge und die auf dem Grundstück gem. Abs. 1 Nr. 3 angefallene Menge Niederschlagswasser übersteigt.
- (7) Für das Sammeln und die Abfuhr des Schmutzwassers aus abflusslosen Sammelgruben erhebt der Zweckverband in den Gebieten seiner beiden Abwasserentsorgungsanlagen nach § 1 Abs. 1 lit. a) und b) seiner Abwasserbeseitigungssatzung eine Gebühr,
- für die Zeit vom 01.01.2001 bis zum 31.12.2002 von 5,54 €/m<sup>3</sup>
- für die Zeit vom 01.01.2003 bis zum 31.12.2005 von 5,14 €/m<sup>3</sup>
- für die Zeit seit dem 01.01.2006 von 4,97 €/m<sup>3</sup>.
- (8) Übersteigt die von einem Grundstück tatsächlich abgefahrene und aus der abflusslosen Sammelgrube entnommene Schmutzwassermenge die dem Grundstück gem. Abs. 1 Nr. 1 und 2 zugeführte Wassermenge und die auf dem Grundstück gem. Abs. 1 Nr. 3 angefallene Menge Niederschlagswasser, gilt abweichend von Abs. 1 die tatsächlich abgefahrene und durch die Entsorgungsnachweise des beauftragten Entsorgungsunternehmens ermittelte Abfuhrmenge als Maßstab für die Inanspruchnahme der dezentralen öffentlichen Schmutzwasserbeseitigung.
- (9) Wird Drainagewasser, Grund- oder Qualmwasser und sonstiges, vergleichbares Wasser, das nicht durch den Wasserzähler erfasst wird, in die abflusslose Sammelgrube eingeleitet, gilt Abs. 8 entsprechend. Für die Entsorgung dieser Einleitungen wird ebenfalls die Gebühr nach Abs. 7 erhoben.

## **§ 16 Gebühreuzuschläge**

Bei Grundstücken, von denen aufgrund gewerblicher oder industrieller Nutzung überdurchschnittlich stark verschmutztes Abwasser eingeleitet wird, werden zum Gebührensatz nach § 15 Abs. 7 Zuschläge erhoben. Stark verschmutztes Abwasser im Sinne von Satz 1 ist Abwasser, dessen Schadstoffkonzentration den Grenzwert von 1.500 mg/l CSB oder 400 mg/l abfiltrierbare Stoffe überschreitet. Die Zuschläge werden auf die Mengengebühr nach § 15 Abs. 7 erhoben und betragen bei Überschreitung mindestens eines der genannten Grenzwerte

um mehr als	20 %	50 % der Gebühr
um mehr als	100 %	100 % der Gebühr.

Dabei wird das Vorliegen einer Überschreitung und der Grad der Überschreitung nach Maßgabe der Einleitbedingungen der Abwasserbeseitigungssatzung in der jeweils geltenden Fassung festgestellt und überwacht.

## **§ 17 Gebührenmaßstab und Gebührensatz für die Klärschlamm Entsorgung aus Kleinkläranlagen**

- (1) Kleinkläranlagen sammeln und reinigen das auf dem Grundstück anfallende Schmutzwasser. Das gereinigte Wasser wird auf dem Grundstück verbracht. Die Grundstückseigentümer haben den nicht separierten Klärschlamm der Kleinkläranlage durch den Zweckverband mindestens einmal jährlich entsorgen zu lassen, sofern nicht durch die zuständige Genehmigungsbehörde ein längerer Zeitraum festgelegt wird.
- (2) Für das Sammeln und die Abfuhr des nicht separierten Klärschlammes aus Kleinkläranlagen erhebt der Zweckverband in den Gebieten seiner beiden Abwasserentsorgungsanlagen nach § 1 Abs. 1 lit. a) und b) seiner Abwasserbeseitigungssatzung eine Gesamtgebühr von 14,52 € pro m<sup>3</sup>.
- (3) Gebührenmaßstab ist der abgefahrene Kubikmeter Klärschlamm; angefangene Kubikmeter werden ab 0,5 aufgerundet.

## **§ 18 Abrechnung, Veranlagung und Fälligkeit**

- (1) Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.
- (2) Die Jahresgebühr (Gebühr für ein Kalenderjahr) ist nach Ablauf des Jahres auf der Grundlage des Jahresverbrauches zu entrichten. Sie kann zusammen mit anderen Abgaben angefordert werden. Sie wird durch Bescheid festgesetzt und ist 1 Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

Dasselbe gilt für Abschlusszahlungen nach Erlöschen der Gebührenpflicht.

- (3) Auf die Jahresgebühr werden drei Abschlagszahlungen erhoben. Die Abschläge werden jeweils in Höhe eines Viertels der voraussichtlichen Jahresgebühr zum 15.04., 15.07. und 15.10. eines jeden Jahres fällig. Die Beträge werden dem Gebührenpflichtigen mit der Abrechnung des Vorjahres bekannt gegeben.

Die voraussichtliche Jahresgebühr berücksichtigt die wahrscheinliche Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung anhand des Verbrauches des Vorjahres. Fehlt ein Vorjahresverbrauch, kann der Zweckverband die voraussichtliche Jahresgebühr schätzen.

- (5) Geht der Bescheid dem Gebührenpflichtigen erst nach einem der genannten Fälligkeitstage zu, so ist die Gebührenschuld für den oder die vorangegangenen Fälligkeitstage innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe des Bescheides zu entrichten.
- (6) Nicht separierter Klärschlamm aus Kleinkläranlagen wird entsprechend der abgefahrenen Menge durch Bescheid abgerechnet und erhoben; Abs. 1 und 2 gelten entsprechend.

## **§ 19 Haftung**

- (1) Kann die Schmutzwasser- oder Fäkalschlammentsorgung wegen höherer Gewalt, extremen Witterungseinflüssen oder ähnlicher Gründe sowie wegen behördlicher Anordnungen nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden, haftet der Zweckverband unbeschadet Abs. 2 nicht für die hierdurch hervorgerufenen Schäden; unterbliebene Maßnahmen werden unverzüglich nachgeholt.
- (2) Der Zweckverband haftet für etwaige Schäden, die unverzüglich anzuzeigen sind, für sich und seine Erfüllungsgehilfen – gleich aus welchem Rechtsgrund, einschließlich unerlaubter Handlung – nur dann, wenn eine vertragswesentliche Pflicht schuldhaft verletzt wird oder der Schaden auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zurückzuführen ist.
- (3) Wer den Bestimmungen dieser Satzung zuwiderhandelt, haftet dem Zweckverband für alle ihm dadurch entstehenden Schäden und Nachteile. Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

## **§ 20 Anzeigepflichten**

Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist dem Zweckverband innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen. Sind auf dem Grundstück Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Abgabe beeinflussen, so hat der Abgabenschuldner dies dem Zweckverband unverzüglich anzuzeigen. Dieselbe Verpflichtung besteht auch, wenn solche Anlagen neu geschaffen, geändert oder beseitigt werden.

## **§ 21 Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 3 Abs. 2 BbgKVerf handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig seinen Anzeige-, Auskunfts- oder Mitteilungspflichten aus § 9 Abs. 3 oder Abs. 5, § 10, § 12 oder § 20 dieser Satzung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nachkommt. Ordnungswidrig handelt auch, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer aufgrund dieser Satzung ergangenen vollziehbaren Anordnung zuwiderhandelt. Ordnungswidrig handelt ferner, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
  1. § 5 Abs. 1 sein Grundstück nicht oder nicht rechtzeitig an die dezentrale öffentliche Schmutzwasserbeseitigungsanlage anschließt oder anschließen lässt,
  2. § 5 Abs. 2 nicht alles auf seinem Grundstück anfallende Schmutzwasser der abflusslosen Sammelgrube zuführt und dem Zweckverband überlässt,
  3. § 5 Abs. 3 Schmutzwasser der Sammelgrube zuführt, zu dessen Aufnahme sie bestimmungsgemäß nicht geeignet oder vorgesehen ist,
  4. § 5 Abs. 4 die Überprüfung nicht duldet oder nicht unterstützt,
  5. § 9 Abs. 2 die Unterlagen nicht oder nicht rechtzeitig einreicht,
  6. § 9 Abs. 5 die Mängel nicht oder nicht rechtzeitig beseitigt,
  7. § 9 Abs. 6 Grundstücksentwässerungsanlagen ohne Zustimmung des Zweckverbandes in Betrieb nimmt,
  8. § 10 Abs. 1 nicht ungehindert Zugang zu allen Anlagenteilen gewährt,
  9. § 10 seine Grundstücksentwässerungsanlage nicht innerhalb der dort genannten Fristen oder der vom Zweckverband gesetzten (§ 10 Abs. 6) Frist nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auf Dichtheit überprüfen lässt oder die Bescheinigung über das Ergebnis der Prüfung dem Zweckverband nicht auf Verlangen vorlegt,
  10. § 12 Abs. 1 die Entleerung der abflusslosen Sammelgrube nicht ausschließlich durch das vom Zweckverband beauftragte Entsorgungsunternehmen durchführen lässt,
  11. § 12 Abs. 1 seine abflusslose Sammelgrube nicht mindestens einmal jährlich durch den Zweckverband oder das von ihm beauftragte Entsorgungsunternehmen entsorgen lässt,
  12. § 12 Abs. 1 im Verbandsgebiet als Entsorgungsunternehmen tätig wird, ohne vom Zweckverband dafür zugelassen zu sein,

13. § 13 Stoffe in die Grundstücksentwässerungsanlage einleitet oder einbringt,
14. § 6 Abs. 2 den mit einer erteilten Befreiung, Teilbefreiung oder Genehmigung festgelegten Bedingungen oder Auflagen zuwider handelt.
15. § 15 Abs. 8 Mehrmengen durch den Zweckverband entsorgen läßt, ohne dem Zweckverband zuvor das Sammeln von Wassermengen über die bezogenen Mengen nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 hinaus anzuzeigen, oder dem Zweckverband die Herkunft der Mehrmengen i.S.d. § 15 Abs. 8 nicht nachweisen kann.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Abs. 1 Satz 1 mit einer Geldbuße bis zu 5.000 € und in allen übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, der aus der Ordnungswidrigkeit gezogen wurde, übersteigen. Reichen die in Satz 1 genannten Beträge hierfür nicht aus, so können sie überschritten werden.
- (3) Das Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung. Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 OWiG ist der Verbandsvorsteher des Zweckverbandes.

## **§ 22**

### **Anordnungen für den Einzelfall**

Der Zweckverband kann zur Einführung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen.

Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, eines Duldens oder Unterlassens, gelten die Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes des Landes Brandenburg.

## **§ 23**

### **Besondere Regelungen für zurückliegende Gebührenerhebungen im Geltungsbereich des WAZ Lebus und der Gemeinde Treplin**

- (1) Die Regelungen der nachfolgenden §§ 24 und 25 gelten nur für die Erhebung der
- a) im Zeitraum vom 01.01.2007 bis 31.12.2009 im Verbandsgebiet des ehemaligen und zum 01.01.2010 in den Zweckverband eingegliederten Wasser- und Abwasserzweckverbandes (WAZ) Lebus, d.h. im Gebiet der Verbandsmitglieder Stadt Lebus, Gemeinde Zeschdorf und OT Niederjesar der Gemeinde Fichtenhöhe,
- b) im Zeitraum vom 01.01.2007 bis 30.10.2007 im Gebiet der Gemeinde Treplin als Mitglied des WAZ Lebus in diesem Erhebungszeitraum,
- entstandenen dezentralen Abwassergebühren. Soweit die §§ 24 und 25 keine eigene Regelung treffen, gelten die Vorschriften dieser Satzung auch für die Gebührenerhebung im Gebiet des WAZ Lebus bzw. der Gemeinde Treplin für die Zeiträume nach Satz 1 entsprechend.
- (2) Für die Erhebungszeiträume vor dem 01.01.2007 finden die Regelungen dieser Satzung im Gebiet des eingegliederten Wasser- und Abwasserzweckverbandes (WAZ) Lebus, d.h. im Gebiet der Verbandsmitglieder Stadt Lebus, Gemeinde Zeschdorf und OT Niederjesar der Gemeinde Fichtenhöhe, sowie im Gebiet der Gemeinde Treplin, keine Anwendung.
- Für die Erhebungszeiträume vor dem 01.01.2007 gilt für die Verbandsmitglieder nach Satz 1 für die Erhebung der bis zum 31.12.2006 entstandenen dezentralen Abwassergebühren weiterhin das Ortsrecht des WAZ Lebus.

## **§ 24**

### **Grundsätze, Gebührensätze**

- (1) Der Zweckverband erhebt nach Maßgabe dieser Satzung Abwassergebühren (Schmutzwassergebühren) in Form von Mengen- und Grundgebühren für das Einsammeln, die Abfuhr und die Behandlung von Schmutzwasser aus abflußlosen Sammelgruben und in Form von Mengengebühren für das Einsammeln, die Abfuhr und die Behandlung von Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen, jeweils im Gebiet des ehemaligen WAZ Lebus.
- (2) Die Abwassergebühr (Mengengebühr) für das Einsammeln, die Abfuhr und das Behandeln von Schmutzwasser aus abflußlosen Sammelgruben (dezentrale Abwasseranlage) beträgt 5,80 €/m<sup>3</sup> Schmutzwasser.

Diese Gebührenhöhe gilt für die Regelentsorgung, die werktags von Montag bis Freitag von 6.00 bis 18.00 Uhr stattfindet. Ist außerhalb dieses Zeitraumes eine Notfallentsorgung der Grundstücksentwässerungsanlage erforderlich, so hat der Gebührenpflichtige die hierdurch dem Zweckverband entstandenen Mehrkosten zu erstatten. Die Erhebung von Mehrkosten erfolgt durch Kostenersatzbescheid; der Kostenersatz ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

- (3) Die Grundgebühr für das Einsammeln, die Abfuhr und das Behandeln von Schmutzwasser aus abflußlosen Sammelgruben (dezentrale Abwasseranlage) wird gestaffelt nach der Nennleistung der verwendeten Wasserzähler erhoben und beträgt für jedes Grundstück

bei einer Zählernennleistung $Q_n$	Grundgebühr in €/Tag
2,5	0,16
6,0	0,43
10,0	0,72
50,0	2,88

Ist kein Wasserzähler vorhanden, so wird der Bestimmung der Höhe der jeweiligen Grundgebühr eine Zählernennleistung von  $Q_n$  2,5 zugrunde gelegt.

- (4) Die Abwassergebühr (Mengengebühr) für das Einsammeln, die Abfuhr und das Behandeln von Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen beträgt 15,00 €/m<sup>3</sup> Klärschlamm. Im übrigen gilt Abs. 2 Satz 2 bis 4 entsprechend.
- (5) Zu den Gebührensätzen der Abs. 2 bis 4 werden Zuschläge (Gebührenzuschläge) erhoben. Für die Erhebung und Berechnung dieser Gebührenzuschläge gilt § 16 entsprechend.

## **§ 25**

### **Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht, Erhebungszeitraum**

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Inanspruchnahme der dezentralen öffentlichen Abwasseranlage (Schmutzwasseranlage).
- (2) Die Mengengebühr für die dezentrale Abwasseranlage (Einsammeln, Abfuhr und Behandeln von Schmutzwasser aus abflußlosen Sammelgruben) entsteht mit jeder Einleitung von Abwasser in die dezentrale öffentliche Abwasseranlage (Schmutzwasseranlage).
- (3) Die Grundgebühr für die dezentrale Abwasseranlage (Einsammeln, Abfuhr und Behandeln von Schmutzwasser aus abflußlosen Sammelgruben) entsteht, sobald das Grundstück an die öffentliche dezentrale Abwasseranlage angeschlossen ist oder der dezentralen öffentlichen Abwasseranlage von dem Grundstück Schmutzwasser zugeführt wird. Die Gebührenpflicht für die dezentrale Abwasseranlage (Einsammeln, Abfuhr und Behandeln von Schmutzwasser aus abflußlosen Sammelgruben) endet, sobald das Grundstück an die zentrale öffentliche Abwasseranlage (zentrale Schmutzwasserbeseitigungsanlage) angeschlossen ist oder dieser von dem Grundstück Schmutzwasser zugeführt wird oder wenn die Zuführung von Schmutzwasser zu der dezentralen öffentlichen Abwasseranlage (Einsammeln, Abfuhr und Behandeln von Schmutzwasser aus abflußlosen Sammelgruben) auf Dauer endet.
- (4) Die Gebührenschuld entsteht mit Ablauf des Erhebungszeitraums. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.

## **§ 26**

### **Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2001 in Kraft. Abweichend von Satz 1 tritt § 21 am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Fürstenwalde, 18.08.2011  
Ort, Datum

(Siegel)

Hengst  
Verbandsvorsteher



Impressum

Herausgeber:

Landkreis Märkisch-Oderland  
Der Landrat

Redaktion:

Büro des Kreistages  
Puschkinplatz 12  
15306 Seelow  
Tel.: 03346 850-6010  
Fax: 03346 850-6019  
E-Mail: buero\_kreistag@landkreismol.de

Bezugsmöglichkeiten und -bedingungen:

Das Amtsblatt für den Landkreis Märkisch-Oderland erscheint nach Bedarf. Es kann im Büro des Kreistages, 15306 Seelow, Puschkinplatz 12, bezogen werden. Bei Selbstabholung wird das Amtsblatt kostenfrei abgegeben; bei postalischem Bezug sind die Versandkosten zu erstatten. Das Amtsblatt kann auch gegen Erstattung der Versandkosten abonniert werden. Das Abonnement gilt für ein Kalenderjahr und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 30. November des Vorjahres gekündigt wird. Das Amtsblatt steht außerdem zum kostenlosen Herunterladen und Ausdrucken im Internet unter der Adresse [www.maerkisch-oderland.de](http://www.maerkisch-oderland.de) zur Verfügung.